



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kern, Fritz: Reaktion auf Oberschlesien

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ausgegeben am 23. Oktober 1921

Allianzen sind gut, aber eigene Kräfte sind
besser. Der Große Kurfürst

Reaktion auf Oberschlesien

Von Fritz Kern



Die Beteiligung Englands an dem neuesten französischen Mordstreich bedeutete für den Reichskanzler Wirth und andere mit ihm eine niederschmetternde Überraschung. Mit dem typischen Regierungs-optimismus, der, einerlei wer sich deutsche Regierung nennt, seit 1914 uns von Sturz zu Sturz umnebelt, hatte man auf die fides britannica fest vertraut. Die glänzende französische Regie baute die Kulissen des Völkerbundes und des Wiesbadener Abkommens, in welches Loucheur unsern Rathenau zur rechten Zeit verstrickte, um Lloyd George den Rückzug von „fair play“ und den berühmten „new friendships“ dieses Frühjahrs zu erleichtern. Wir bemerkten das nicht, dachten uns auch bei der neuen Deutschenhege der „Times“ nichts Besonderes, ließen uns durch das Eckardtsteinsche Phantom der angeblich nur durch unsere Schuld verpackten Freundschaft mit England mehr und mehr äffen, versäumten aber dabei vielleicht, die Möglichkeiten der realen Bindung englischer Interessen in Oberschlesien auszunutzen; ruhig legte Michel sein zu träumreichem Schummer tief neigendes politisches Haupt in Englands Schoß. Dasselbe ist nun hinuntergeglitten und hart auf dem Boden der Tatsachen aufgeschlagen.

Was kann jetzt geschehen? Ein Verzicht auf Oberschlesien kommt für keinen Deutschen in Frage. Das östliche Elsaß-Lothringen, vor dessen Schaffung Lloyd George im Frühjahr warnte, „obwohl wir nur Deutsche seien“, ist geschaffen, und wir erkennen den Diebstahl unseres Landes, unserer Arbeit und unserer unglücklichen Landsleute niemals an, obwohl wir nur Deutsche sind. Jedoch eine juristische Ablehnung der Grenzziehung des Obersten Rates ist nicht möglich, da uns die Zustimmung dazu schon vorweg in Versailles abgepreßt worden ist. Ablehnen kön-

nen wir nur das Wirtschaftsabkommen mit Polen, dessen Inhalt heute (18. Oktober) dem deutschen „Kontrahenten“ noch gar nicht eröffnet worden ist. Die Frage, ob es anzunehmen sei, werden wir nach den Wünschen unserer ober-schlesischen Landsleute entscheiden müssen; sehen diese darin einen wenn auch schwachen und trügerischen Schutz gegen unmittelbare Verraubung, so würde es uns schwer fallen, ihnen dieses letzte dürftige Band mit der ewig und allein geliebten Heimat zu versagen. Es bleibt also in der ober-schlesischen Katastrophe selbst unmittelbar wenig andere Entscheidungsfreiheit, als das Gelübde, die Schmach und Kränkung jedem Deutschen so ins Herz zu brennen, daß der Streich, der uns ins Mark treffen soll, neue, zukunftsstarke Lebenskräfte in Gefühl und Willen der Nation erweckt; denn trotz allem bleibt Deutschland ein großes, ein Weltvolk, wenn es sich nur endlich dazu aufrafft, als Nation, im Sinne etwa der Gren, zu fühlen und zu wollen.

Groß müssen die mittelbaren Folgen des ober-schlesischen Trauerspieles sein. Von einer „Erfüllung“ im Sinne Wirths kann nicht mehr gesprochen werden, der hodenlose Fall der Mark allein erledigt diese Utopie sozusagen symbolisch. Ob die Unmöglichkeit der Erfüllung zum Einmarsch Poincarés ins Ruhrgebiet führt, hängt nicht von uns ab, sondern von dem für uns undurchsichtigen Grad der Unselbständigkeit englischer Politik von Frankreich, wenn dieses mit dem Außen-sien droht. Anders steht es dagegen mit dem Marktfall, der als wirkende Ursache der weltwirtschaftlichen Krisis zwar ebenfalls nicht von unserem Willen abhängt, aber auch nicht vom Willen der Franzosen. Vielmehr würde nur ein englisch-amerikanisches Abkommen die Stabilisierung der Mark in dem Umfange, der für uns heute eine entscheidende Rettung bedeuten würde, ins Werk setzen. Diese englisch-amerikanische Aktion herbeizuführen, muß heute das vornehmste Ziel deutscher Außenpolitik sein. Man kann von diesem Ziel auch offen sprechen, da aus den hier mehrfach erörterten Gründen das Eigeninteresse sämtlicher anderer Wirtschaftsvölker an der Marktstabilisierung dem deutschen Interesse daran kaum nachsteht. Unter Stabilisierung der Mark würde in diesem Zusammenhang zunächst zu verstehen sein die Bezahlung der Kriegsentschädigung zu einem festen Umrechnungskurs der Papiermark in Dollar; in engem Zusammenhang damit stände die Ersetzung der betreffenden Devisenankäufe durch Sachleistungen.

Dieses nüchterne, keineswegs auf nicht vorhandene englische Freundschafts-gefühle, sondern einzig auf weltwirtschaftliche Interessen gegründete Ziel kann aber nur angestrebt werden, wenn die deutsche Wirtschaft die einzige Macht, die heute in Deutschland noch besteht und in der Welt als Macht anerkannt wird; sozusagen die Haftung für den deutschen Staat übernimmt. In die politische Sprache übersetzt, bedeutet dies den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung mit dem ganzen Schwergewicht, das der Partei der Wirtschaftsmächte bei den gegenwärtigen außenpolitischen Problemen zukommt.

Dies könnte der einzige Sinn der Koalition sein. Es ist an dieser Stelle mehrfach betont worden, wie verhängnisvoll eine innenpolitisch abgezwckte Koalition für die Volkspartei selbst, für die Zukunft des nationalen Gedankens, für Deutschland werden könnte, wie andererseits aber eine außenpolitisch orientierte Koalition das Gebot der Stunde ist, wenn man nicht willen- und tatenlos der

Erfüllung französischer Vernichtungswünsche entgegentaumeln will. Die Franzosen wünschen sich Obergrenzen, liefern Oberschlesien dem Sarmatentum aus und unterstützen unsere Kommunisten; die Angelsachsen wünschen wenigstens weltwirtschaftliche Ordnung.

Die Notwendigkeit einer Koalition als außenpolitischer Einheitsfront ist durch die neuesten Ereignisse, wenn möglich, noch gewachsen. Zugleich aber bestätigt die erste Reaktion des deutschen Volkes auf die himmelschreiende Entscheidung der Genfer Spielhölle leider auch unsere innenpolitische Brüchigkeit. Wenn irgendwann, hätte das ganze Volk heute aufbrennen müssen, wie eine Pulvermine. Die lendenschwache Art, womit nicht nur die Sozialdemokratie wie ihre Geistesverwandten, sondern auch manche Wirtschaftskreise das Unrecht hinnahmen, ohne die Notwendigkeit einer Änderung des Kurzes zu empfinden, gibt den Franzosen recht, die uns jede Demütigung, jede Schwächung zumuten, weil wir so rasch vergessen, so unverzagt erfüllen, — gibt leider den Poincarés Mut. Man erinnere sich, wie vor wenigen Monaten noch ganz Deutschland bei dem bloßen Gedanken einer Teilung Oberschlesiens bebt! Und heute versichert ein (allerdings für sich allein nicht maßgebender) Teil der Nation, wir würden auch ohne Oberschlesien gerade so treu und gerade so pünktlich erfüllen können und wollen. Die Tatsachen widerlegen diese Ansicht, aber die Ansicht als solche schadet Deutschland. Je katastrophenmüder wir uns benehmen, desto sicherer fügt man uns immer neue Katastrophen zu.

So fehlt die innere, freie, instinktlichere Einheit der Nation nach wie vor. Ein parlamentarischer Reichskanzler kann mit einer Koalition souveräner Fraktionskapitäne kaum eine geschlossenere Einheitsfront nach außen stellen, als ein mittelalterlicher deutscher Kaiser mit seinen auseinandertrögenden Herzögen. Wir ziehen hieraus die Folgerung, daß die Deutsche Volkspartei in die an sich notwendige Koalition nicht eintreten sollte, wenn sie nicht zuvor die innen- und außenpolitischen Bedingungen erfüllt sieht, welche das Opfer und das Risiko der Regierungsübernahme durch wirkliche unmittelbare Vorteile für Deutschland lohnen. Diese Bedingungen müßten sich innenpolitisch in einer fortschreitenden Erziehung der Nation zu einheitlichem Wollen und Fühlen in schwerster Zeit darstellen, und außenpolitisch in gewissen Garantien solcher Staaten, welche eine Regierung der Ordnung in Deutschland bevorzugen. Die wesentlichsten Bedingungen ließen sich wohl so formulieren:

1. Mindestens eine weltwirtschaftliche Großmacht, wenn nicht zwei oder drei, muß Bürgschaft für Verhütung unseres Bankrottes durch positive Zusage für die Stabilisierung der Mark leisten.

2. Das vorgeschlagene Wirtschaftsabkommen mit Polen muß durch die Art seiner Ausführung, bzw. die Auswahl der fremden Verwaltungs- oder Aufsichtsorgane vor schikanöser Ausführung (Saargebiet!) geschützt werden.

3. Vor Abschluß der Koalition müssen sich die Parteien bindend dahin einigen, daß sie nach außenpolitischen Rücksichten geführt werde.

Ohne bestimmte Gewähr für diese drei Bedingungen würde der Eintritt der Wirtschaft und ihrer Partei in die Reichsregierung als gefährliches Experiment aufgefaßt werden müssen. Denn ohne Gewähr hierfür würde die Wirtschaft weder sich selbst noch die Nation retten können, sondern wir müßten dann

auf jeden Fall durch den Bankerott, wenn nicht noch Schlimmeres hindurch, und ein uns aufgezwungenes Chaos zu verwalten, sollten wir unseren Bedrückern überlassen; die Verantwortung für eine völlig hoffnungslose Regierung zu übernehmen, kann keine Aufgabe der Volkspartei sein.



Der Bücherbesitz der Hohenzollern

Von Dr. Bogdan Krieger

I.



Die Büchersammlung im alten Schloß zu Berlin stellt eine Art Schreckenskammer der Literatur dar.“ Also ist auf Seite 112 des unter dem ebenso anmaßenden wie irreführenden Titel „Hohenzollern“ im Verlag für Sozialwissenschaft kürzlich erschienenen Buches zu lesen, zu dessen Verfasserschaft sich unter dem Vorwort Kurt Heinig bekennt. Die Erwähnung der Hausbibliothek dient ihm wie überhaupt ein wesentlicher Teil seiner Ausführungen zur Verherrlichung der Volksmarinedivision, die bald nach Ausbruch der Revolution länger als sechs Wochen im Schloß gehaust hat. Die geringe Einbuße, die die Hausbibliothek während dieser Schloßbesetzung im Gegensatz zu anderen Zweigen der Verwaltung, zu verschiedenen Schloßbewohnern und Beamten erlitten hat, nimmt Herr Heinig zum Anlaß der Kennzeichnung des Kulturstandes der Matrosen. In der „ganz verblüffenden Fülle von Richtigkeiten und Bücherfchmarren“ ihrem literarischen Bedürfnis Genügendes zu finden, war ihnen — so möchte Herr Heinig uns glauben machen — nicht möglich. Daher betrage der Verlustposten der Hausbibliothek nur 48,60 Mark. Wie jedes Wort, aber auch jedes, was der Verfasser des Buches auf ungefähr einer Seite über die Hausbibliothek sagt, so stimmt auch diese Zahlenangabe nicht. Denn die Matrosen haben bei ihrem Einbruch in die Hausbibliothek, wenn auch keine Bücher, so doch alles, was an Garderobestücken dort vorhanden war, gestohlen oder, wie Herr Heinig beschönigend sich auszudrücken beliebt, „vergessen liegen zu lassen“ oder „zum Andenken fürs Liebchen mitgehen heißen“. Ebenso stahlen sie bares Geld, das nur in kleinerem Betrage vorhanden war, alle Schreib- und Reinigungsutensilien und ließen nur Scheren zurück, die ihnen beim Aufbrechen verschlossener Schubfächer als Diebeswerkzeuge gedient hatten und dabei zerbrochen waren. Bibliothekbücher zu stehlen, hat etwas besonders Mißliches. Da alle Bände auf dem Titelblatt gestempelt sind, ist der Verkauf erschwert, und bei Verwertung zu eigenem Bedarf bleibt der